

Brexit –
Positionen des Bankenverbandes

Pressegespräch
Dr. Michael Kemmer

Frankfurt am Main
26. Januar 2017

Übersicht

- Zeitlicher Überblick
- Verhandlungsphase
- Bankenperspektive
- Kundenperspektive
- Anpassungserfordernisse
- Konsequenzen für die EU
- Finanzstandort Frankfurt

Grundsatzposition des Bankenverbandes zum Brexit

Brexit falsch

- Wir bedauern die Brexit-Entscheidung
- Wir halten sie nicht für reversibel
- Wir gehen davon aus, dass UK die EU verlassen wird

Langfristige Beziehungen

- UK bleibt wichtiger Teil Europas
- Wir sind weiterhin an sehr engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und UK interessiert
- Dafür ist ein umfassendes Wirtschaftsabkommen erforderlich, das weitgehenden gegenseitigen Marktzugang ermöglicht

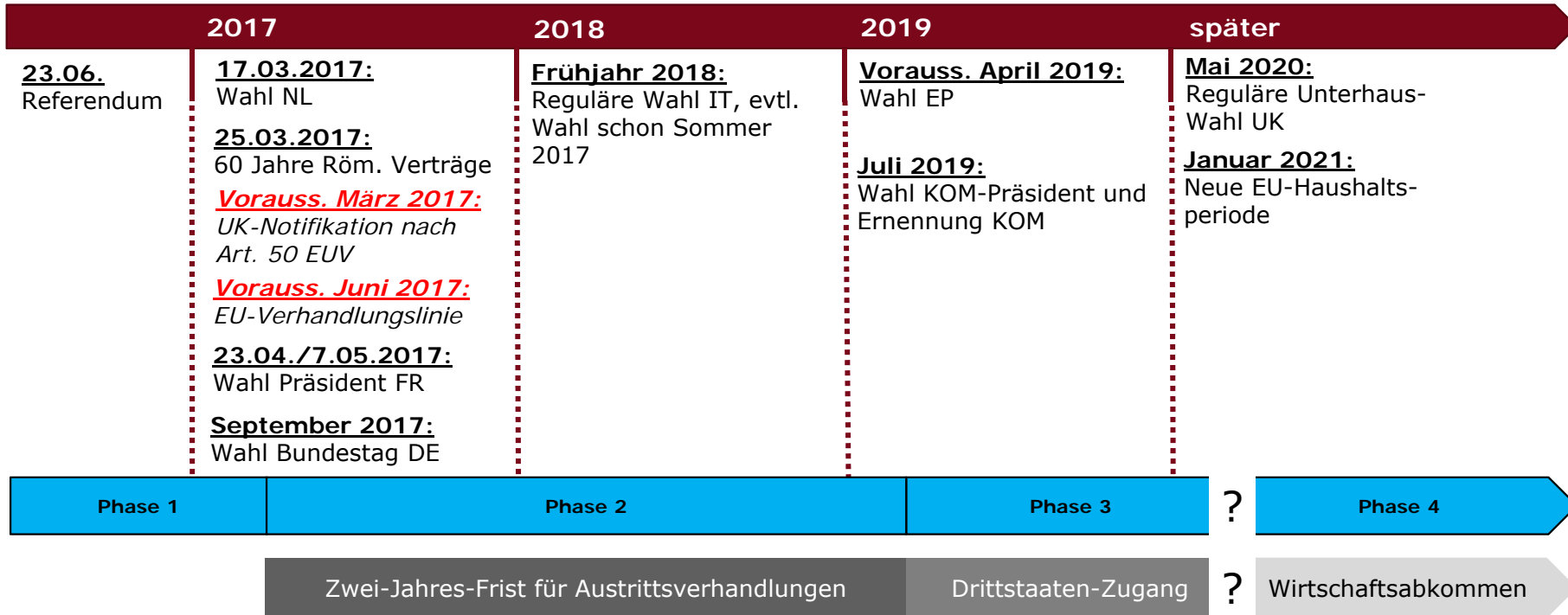
Europa

- Oberste Priorität hat aber der Zusammenhalt der EU27
- Erforderlich ist die Weiterentwicklung des Binnenmarktes mit Wirtschafts-, Währungs-, Banken- und Kapitalmarktunion
- Der Binnenmarkt braucht alle vier Grundfreiheiten

Banken

- Unsere Mitglieder sind an der Kontinuität der Geschäftsbeziehungen und Geschäftsabwicklung interessiert
- Erhalt der Finanzmarktstabilität wichtigste Leitlinie
- Sicheres politisches und regulatives Umfeld erforderlich, um Kunden verlässlich bedienen zu können

Zeitlicher Überblick im Szenario „Harter Brexit“



Ausgangssituation

- UK-Innenpolitik drängt mehrheitlich auf starke Loslösung; negative Folgen noch nicht spürbar
- EU-Priorität ist Zusammenhalt der EU27
- Kontroverse Verhandlungen über Austrittsabkommen zu erwarten

Brexit

- Folge der Gesamtsituation: „Harter Brexit“
- UK verliert alle Marktzugangsprivilegien und ist ab 1. April 2019 Drittstaat

Übergangsperiode (nach dem 1. April 2019)

- Umfassendes Übergangsabkommen unwahrscheinl.
- Partielle Regelungen in Endphase der Austrittsverhandlungen evtl. möglich, aber jetzt nicht kalkulierbar
- Jetzt Entscheidungsdruck in Banken, um 2019 handlungsfähig zu sein

Wirtschaftsabkommen

- Wirtschaftsabkommen allenfalls langfristig zu erreichen

Grundsätze für die Verhandlungen



Faire Verhandlungen

- EU muss den Austrittswunsch akzeptieren
- UK muss die daraus entstehenden Konsequenzen tragen; es wird Unterschiede zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern geben
- Beide Verhandlungspartner sollten konstruktiv vorgehen



Wohilverhalten

- Verhinderung einseitiger Wettbewerbsvorteile (Steuerdumping, Schaffung von Regulierungsgefälle, Beihilfen)
- EU27 müssen ihre Angelegenheiten regeln können



Langfristige Perspektiven im Auge behalten

- Ziel: umfassendes Wirtschaftsabkommen mit weitgehendem Marktzugang; Austrittsverhandlungen legen – auch klimatisch – Grundlage dafür
- Regelungsstandards sollten sich nicht auseinanderentwickeln



Besondere Aspekte für die Finanzdienstleistungen

- Erhalt der Finanzmarktstabilität und des Level-playing-field als oberste Leitschnur
- Erhalt eines regulativen und politischen Umfelds, das rechtssicheres und verlässliches, aber auch wieder profitables Arbeiten der Banken für Kunden ermöglicht



Bankenperspektive



EU27-Banken

- In der Regel arbeiten EU27-Banken mit Niederlassungen in London
- Rückverlagerung von Geschäft aufsichtlich und organisatorisch relativ einfach, in Bezug auf Mitarbeiter und Technik herausfordernd



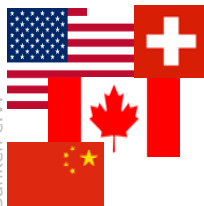
UK-Banken

- UK-Banken in Teilen bereits mit Tochterunternehmen in Deutschland
- Andere UK-Banken haben nur kleinen Marktauftritt in Deutschland
- Kaum Anpassungen erforderlich



Drittstaaten-Banken

- Überwiegend EU-Zentralen in London; künftig kein Passporting mehr
- Verlagerung in EU27 durch Niederlassung oder Tochter; evtl. auch Rückverlagerung in Heimatmarkt bzw. andere internationale Finanzplätze



Grundlegende Strategie aller Banken

- Grundsatzentscheidungen im 1. Halbjahr 2017 erforderlich
- Sukzessives Vorgehen: Entscheidungen so spät wie möglich; Vorbereitung (z.B. Antrag auf Lizenz) bedeutet nicht Umsetzung



Kundenperspektive (I)



Privatkunden

- Brexit hat keine Auswirkungen auf Angebot für Privatkunden in Deutschland
- Finanzdienstleistungen werden heute praktisch ausschließlich durch Inlandsinstitute erbracht



Unternehmenskunden

- Gleiches gilt für Gewerbe- und Firmenkunden in Deutschland, da diese überwiegend von Inlandsinstituten betreut werden
- Gesamte Palette von Finanzdienstleistungen – Finanzierung, Anlage, Absicherung, Transaktionen – steht weiterhin zur Verfügung
- Für Geschäfte aus London: Dokumentations- und Abwicklungsaufwand nimmt zu, und eventuell sinkt die Zahl der Anbieter



Sehr großvolumiges Geschäft

- Eventuell Einschränkungen bei sehr großvolumigen Finanzierungs- und Absicherungsgeschäften
- Nachfrager bauen eventuell eigenen Marktzugang nach UK auf

Kundenperspektive (II)



Internationales Geschäft

- Brexit wird Position Londons als weltweit größter Devisenhandelsplatz kaum beeinträchtigen; Zugang zum Handel besteht weiter



Ökonomische Folgen

- Langfristige ökonomische Risiken für UK durch andauernde Unsicherheit und Erschwernisse beim internationalen Handel und Investitionszurückhaltung
- Finanzierung des Haushalts- und des Leistungsbilanzdefizits ist langfristige Herausforderung
- Deutschland als wichtiger Handelspartner von UK von diesen Risiken auch betroffen; insgesamt aber nur geringe Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung in Deutschland

Anpassung an die künftige Drittstaaten-Regelung



Ausgangspunkt

- UK wird Drittstaat
- Gleichzeitig bestehen langjährige wirtschaftliche Verflechtungen
- Anpassungen von EU- und deutschem Recht sollten dies reflektieren, um anstehenden Veränderungsprozess **für bestehende Vertragsbeziehungen** abzufedern

Beispiele für Anpassungsbedarf (I)



EU-Ebene

- Klärung der datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen
- Klärung, ob Clearing von Euro-Wertpapieren künftig zwingend in der EU- oder der Euro-Zone durchgeführt werden muss; Regelung für Bestandsgeschäft
- Schutz von bestehenden Verträgen in bankaufsichtlichen Regelungen, z.B. im Abwicklungsregime

Beispiele für Anpassungsbedarf (II)



Euro-Zone

- Vereinbarung für die Aufsichtszusammenarbeit zwischen der Euro-Zonen- und der britischen Finanzaufsicht



Deutschland

- Steuerliche Begleitvorschriften
- Erleichterte Handhabung bei Aufenthaltserlaubnissen und Bestandsschutz für UK-Bürger, die heute in Deutschland leben
- Deckungsstockfähigkeit von UK-Liegenschaften im Pfandbriefgesetz unverändert beibehalten
- Vereinbarung für die Aufsichtszusammenarbeit zwischen BaFin und der britischen Finanzaufsicht

⇒ **Für Deutschland brauchen wir ein Brexit-Begleitgesetz!**

Konsequenzen für die EU



Institutionelle Folgen

- UK ist großer Nettozahler des EU-Haushalts; EU muss Handlungsfähigkeit in den Haushalten 2019 und 2020 und dem Mittelfristigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 erhalten
- Anpassung der Obergrenze der EP-Mitglieder; ersatzloser Wegfall der UK-Sitze im Europäischen Parlament
- Mit UK wird ein marktwirtschaftlich orientiertes Land die EU verlassen; noch klarere Positionierung der Bundesregierung erforderlich



Europäische Integration

- Ziel muss „Konsolidierung des Erreichten“ und „Fortentwicklung mit kleinen Schritten“ sein
- Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, Weiterentwicklung des Binnenmarkts mit Wirtschafts-, Währungs-, Banken- und Kapitalmarktunion sowie nachhaltige Regelbindung und wirksame Sanktionsmechanismen
- Entwicklung gemeinsamer wirtschaftspolitischer Grundkonzepte

Voraussetzungen für die Positionierung Frankfurts

Politisches Bekenntnis

- Klares Bekenntnis der Bundesregierung, der Landesregierung, der Stadt Frankfurt und der Finanzindustrie, Frankfurt als den Finanzplatz der Europäischen Union auszubauen
- Forderung nach Umzug der European Banking Authority (EBA) nach Frankfurt

Verwaltung

- Standortfaktoren (Schulen, Verkehr, Verwaltung)
- FinTech-Hub Frankfurt – Berlin

Regulierung

- Abbau selbstgemachter regulatorischer Hemmnisse

Fünf Vorschläge zum Abbau selbstgemachter regulativer Hemmnisse

Rechnungs- legung

- Einführung eines befreienden IFRS-Einzelabschlusses im HGB

AGB-Recht

- Weitere Stärkung der Privatautonomie durch Abschaffung der AGB-Kontrolle im kaufmännischen Geschäftsverkehr

Arbeitsrecht

- Gelockerte Kündigung für sehr gut verdienende Mitarbeiter
- Anpassung des Arbeitszeitgesetzes an die Digitalisierung
- Verzicht auf weitere Wettbewerbsnachteile (z.B. Entgelttransparenzgesetz)

Bankenabgabe

- Abschaffung des steuerlichen Abzugsverbots der Bankenabgabe (seit 2010 in Deutschland und seit 2016 an den Single Resolution Funds)

Venture Capital

- Sicherstellung der transparenten Besteuerung von Private-Equity-Investoren

Hintergrund

- Stärken Finanzplatz Frankfurt
- Finanzplätze im Vergleich

Frankfurt ist als UK-Gate besonders geeignet

Finanzplatz der Euro-Zone

- Frankfurt ist der Banken- und Finanzplatz der Euro-Zone
- Leistungsfähiger Börsenplatz, der durch Fusion mit LSE weiter an Bedeutung gewinnt
- Hohe Innovationskraft durch FinTechs mit Berlin-Brücke

Bankenaufsicht

- Frankfurt ist Standort der Europäischen Zentralbank, des SSM und von EIOPA und damit der wichtigste Platz der Geld-, Währungs- und Finanzmarktpolitik in der Europäischen Union

Standortfaktoren

- Starke finanzmarktbezogene Forschung und Lehre
- Gute Infrastruktur für Verkehr und Digitalisierung
- Kosten für Lebenshaltung im europäischen Vergleich günstig – ebenso Büroflächen bei kurzfristiger Verfügbarkeit

Guter Rechtsstandort



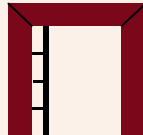
- Stabile politische Verhältnisse
- Rechtsstaat mit funktionierendem Rechtsschutz
- Rechtssicherheit und funktionierende Verwaltung

Konfliktlösung im Arbeitsrecht

- Konfliktlösung im Arbeitsrecht: schnell, preiswert, berechenbar
- Keine ausgeprägte Streitkultur
- Mitbestimmung verhindert unternehmerische Gestaltung nicht

Finanzplätze London, Frankfurt und Paris im Vergleich

Überblick

	London 	Frankfurt 	Paris 
Einwohner (2014; in Mio.)	8,5	0,7	2,2
Anteil Auslandsbanken an ansässigen Kreditinstituten (in Prozent; gemäß EZB-Definition, Ende 2015)	51,1	37,9	28,4
Finanzplatz-Ranking (GFCI ¹ , 2016)	1	19	29
Ease of Doing Business Ranking² (Länderspezifisch, 2015)	6	15	27
Steuerbelastungs-Ranking (Länderspezifisch, 2015)	15	72	87
Marktwert der Börse (Marktkapitalisierung in Mrd. Euro, 2015)	13 ³	15,7	3,3 ⁴
Aktienumsatz (EOB Trades in Mrd. Euro, 2015)	2.403 ³	1.410	1.882 ⁴
ETF Umsätze (Umsätze in Mrd. Eur, 2015)	388,3 ³	198,1	162,4 ⁴

¹ Der Global Financial Centres Index (GFCI) vom Thinktank Z/Yen ist ein Ranking nach der Wettbewerbskraft von Finanzzentren, basierend auf verschiedenen Indices zu den Themenfeldern Business Environment, Entwicklung des Finanzsektors, Infrastruktur, Humankapital und Reputation sowie auf einer Umfrage unter Finanzexperten.

² Das Ease of Doing Business Ranking der Weltbank ordnet Länder entsprechend der Leichtigkeit bei Geschäftstätigkeiten von 1-189. Ein hohes Ranking bedeutet dabei, dass die regulatorischen Rahmenbedingungen im Land förderlicher sind für das Gründen und Führen eines Unternehmens.

³ LSE mit Borsa Italiana

⁴ Euronext mit Börsenbetrieb in Amsterdam, Brüssel, Lissabon und Paris